

Deutsch-Polnisch

Es hat sich wieder allerhand zugetragen in den mittleren Junitagen in den psychologisch verminten politischen Feldern zwischen Polen und Deutschen, nicht nur bei den Schlesiern in Hannover, sondern auch auf anderen deutsch-polnischen Szenarios. Hauptakteure waren nicht ganz freiwillig, aber auch nicht ganz erzwungen der Bundeskanzler auf der einen und der polnische Primas auf der anderen Bühne. *Helmut Kohl* hatte sich dabei zweifellos den schwierigsten Part ausgesucht. Wie immer dieser sich beim Schlesiertreffen anstellen würde, so meinte zwei Tage vor dem Treffen *Robert Leicht* in der Süddeutschen Zeitung, „die Sache werde für ihn auf jeden Fall schiefgehen“. In einem späteren Kommentar von *Herbert Riehl-Heise* zum Ereignis selbst war zwar vom Schiefgehen nicht mehr die Rede; Der Bundeskanzler sei in Hannover geradezu die „Verkörperung der Vernunft“ gewesen. Doch trotz seiner „vernünftigen Rede“, mit der er sich bei den Scharfmachern nicht anbiedern, aber auch keine Wählerstimme verprellen wollte, konnte er es niemanden recht machen.

Das Echo war entsprechend: in den Oststaaten, in Polen selbst und natürlich auch in der deutschen Presse. Denn obwohl Helmut Kohl in der Substanz nichts anderes sagte als *Richard von Weizsäcker* mit seiner Feststellung, den widerstreitenden Rechtsansprüchen sei das Verständigungsangebot überzuordnen, wenn er versicherte, die Bundesrepublik stelle gegen Polen keine Gebietsansprüche, so fand das doch niemand befriedigend. Und obwohl er dem, damit es allen klar würde, noch hinzufügte, die Bundesrepublik könne von sich aus die Rechtslage nicht ändern, aber von dieser gehe „keine Bedrohung für unsere Nachbarn aus“, war dies alles den einen zu „verwaschen“ und den anderen zu „undeutlich“. Er hatte halt nichts

„geklärt“ und konnte angesichts des Rechts- bzw. Friedensvertragsvorbehalts letztlich nicht klären, was als Grenze gelte oder Grenze sei bzw. was als Unterschied zwischen beiden zu gelten habe.

Das andere Szenario: Wenige Tage vorher gab der polnische Primas, Kardinal *Jozef Glemp*, dem WDR ein später in der „Zeit“ (14. 6. 85) abgedrucktes Interview. In diesem sprach er zu Recht davon, daß es völlig unrealistisch sei, heute im Verhältnis Deutschland-Polen von Grenzrevisionen zu reden. Und ebenso realistisch, aber wenig freundlich warf er den „Aussiedler“-Organisationen die künstliche Aufrechterhaltung von Heimweh vor, die „wahrhafte Verständigung“ behindere. Auch sein altes Thema, die deutschsprachige Seelsorge in Polen, ließ er nicht aus und gab nochmals zu Protokoll, dies sei „ein künstliches Problem“, wie das mit den Karten, die ihm Heimatvertriebene mit Deutschland in den Grenzen von 1937 schickten, eben auch.

Der Deutschen Bischofskonferenz blieb nichts anderes übrig, als ihrerseits zu den Ausführungen *Glemps* Stellung zu nehmen und durch ihren Sekretär, Prälat *Wilhelm Schätzler*, darauf hinweisen zu lassen, daß katholische Vertriebenenverbände ihre seelsorgliche Berechtigung hätten, daß die Apostolischen Vertriebenen-Visitatoren vom Heiligen Stuhl und nicht von der Deutschen Bischofskonferenz ernannt würden und daß ja zur Zeit gemeinsam mit polnischen Bischöfen geprüft werde, ob es eine „auszubauende deutschsprachige Seelsorge in Polen zu geben braucht“. Solange das Ergebnis nicht vorliege, könne „man eigentlich nicht von gegensätzlichen Meinungen sprechen“.

Drei Fragen fallen einem zu dem gesamten Geschehen ein:

1. Wem ist eigentlich damit geholfen, daß eine Sache, die an sich völlig unrealistisch ist, zugunsten von politisch davon lebenden Funktionären durch Interventionen von allen möglichen Seiten immer wieder hochgeschaukelt wird? Und wird nicht auch kirchlicherseits in puncto Vertriebene tatsächlich manches künstlich hochge-

halten einschließlich der Apostolischen Visitatoren?

2. Setzt sich der polnische Primas mit solchen Bemerkungen nicht ohne Not dem Verdacht aus, er wolle seine schwache „innerpolnische“ Position durch „außerpolnische“, der Regierung genehme Stellungnahmen stärken?

3. Bahnt sich in den Unionsparteien nicht etwas an, was vor allem der CDU noch gefährlich werden kann? An ihren deutsch-nationalen Rändern artikulieren sich zunehmend Stimmen, die in Oppositionszeiten weniger auffielen, für eine Regierungspartei aber sehr viel schwerer integrierbar sind. Die SPD erlebte zu Zeiten *Helmut Schmidts* auf ihren linken und Exoten-Rändern ähnliches. Der Bundeskanzler will integrieren, das war auch der eigentliche Grund, warum er auch nach allen unflätigen Attacken von politisch und biologisch Halbwüchsigen an seiner Gastrolle bei den Schlesiern in Hannover festgehalten hat. Aber kommt nicht irgendwo die Grenze, ab der Integration für eine Partei schädlicher wird als ein klarer politischer Trennungsstrich? Im Herbst 1976 hätte dieser Trennungsstrich bereits gezogen werden können.

Aber was immer sich da entwickelt, es ist ein Elend zwischen Deutschen und Polen. Sie möchten sich versöhnen und sich sichere Grenzen zusichern, aber sie stören dabei immer wieder sich selbst.

111

Friedenskonzil

Stand der Vormittag des 15. Juni auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf im Zeichen des Vortrags von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*, so lenkte am Nachmittag sein älterer Bruder *Carl Friedrich* die Aufmerksamkeit auf sich: Mit großem Beifall wurde der Aufruf des Physikers und Philosophen zu einem „Ökumenischen Konzil des Friedens“ angenommen. Auf einem solchen Konzil, das schon in zwei Jahren zusam-